



MIGRATION IN (LATEIN-)AMERIKA

Freiwillige Migration oder Vertreibung?

Emigration aus Honduras als Überlebensstrategie



Freiwillige Migration oder Vertreibung? Emigration aus Honduras als Überlebensstrategie

ANA ORTEGA
Oktober 2016

Seit 1990 ist die honduranische Emigration erheblich gestiegen, vor allem die Migration in die USA. Migrant_innen ohne Papiere verlassen das Land auf immer gefährlicheren Wegen, auf denen Tausende verschwinden, verunglücken oder Gewalt erfahren – sowohl von staatlicher Seite als auch durch kriminelle Banden. Sie gehen das Risiko ein, festgenommen und wieder zurückgeschickt zu werden. Trotz dieser Gefahren, auf die Organisationen, die mit Migrant_innen arbeiten, eindringlich hinweisen, nimmt die Zahl honduranischer Migrant_innen weiter zu. Daten des Nationalen Amtes für Statistik (INE) zeigen, dass jährlich etwa 80 000 bis 100 000 Honduraner_innen versuchen, auf diesem Weg zu emigrieren.

Die Ursachen für diese Art von Migration, bei der Menschen trotz Gefahr und Unsicherheit die Flucht aus ihrem Land wagen und die als Wirtschafts- oder Überlebensmigration bezeichnet werden kann, liegen in der fortdauernden Armut. Diese hat laut Analyse der Weltbank nach dem Staatsstreich von 2009 über drei Jahre in Folge zugenommen und einen Stand erreicht, bei dem fast 80 Prozent der honduranischen Minderjährigen unter 15 Jahren in armen Haushalten leben. Die Unsicherheit und Gewalt in den Städten ist nunmehr zu einer der Ursachen der Migration geworden.

Es handelt sich also nicht um freiwillige Migration, wie es der offizielle Sprachgebrauch im Migrationskontext suggeriert, sondern vielmehr um erzwungene Migration als Ergebnis der Verschärfung struktureller Gewalt. Grund hierfür ist ein Wirtschaftsmodell der Konzentration von Reichtum, das die Bevölkerung der für ihr Überleben notwendigen Mittel beraubt und sie letztlich aus dem Land vertreibt. Dies belegen Aussagen wie die von Paula, einer honduranischen Migrantin: »Wir gehen aus Not, weil wir in Armut leben, und wenn wir hierherkommen, leiden wir unterwegs, weil wir unsere Familien zurücklassen mussten, aber mehr noch leiden wir, wenn unsere Teller leer bleiben und wir ihnen nichts zu essen geben können.«

Wie Paula machen sich Tausende von Honduraner_innen auf den Weg, trotz der damit verbundenen Gefahren. Der honduranische Staat ist – durch sein Handeln oder seine Untätigkeit – für die Vertreibung eines Großteils seiner Migrant_innen verantwortlich, weil er unfähig ist, die Grundbedürfnisse von über der Hälfte seiner Bevölkerung zu decken.

Zwar ging nach Angaben des Nationalen Amtes für Statistik (INE) die Armutsquote von 55,4 Prozent im Jahr 2001 auf 54,3 Prozent im Jahr 2013 zurück – also etwa einen Prozentpunkt in den zwölf Jahren. Allerdings zeigt ein Bericht der Weltbank von 2016, dass Honduras eine der niedrigsten Erwerbsbeteiligungsquoten in Lateinamerika und der Karibik aufweist, einen kleinen formellen Sektor, der für lediglich 20 Prozent der Arbeitsplätze verantwortlich zeichnet, sowie die höchsten Anteile selbstständig Erwerbstätiger in Mittelamerika. Der Gini-Koeffizient der vergangenen Jahre weist einen Anstieg der Ungleichheit bis auf einen Wert von 0,54 im Jahr 2013 aus. Damit liegt Honduras an zweiter Stelle der Länder der Region mit der ungleichsten Einkommensverteilung. Bei derartigen Ungleichheitsniveaus hat das spärliche Wachstum keinerlei positive Wirkung auf die Armutsbegrenzung.

Die genaue Zahl honduranischer Migrant_innen ist schwer festzustellen, unter anderem wegen der vielen Menschen, die das Land auf illegalem Wege verlassen. INE-Angaben zufolge sind bis 2015 etwa 1,1 Millionen Menschen gegangen, was 11,5 Prozent der honduranischen Bevölkerung entspricht. Allein in den Vereinigten Staaten leben etwa 1,2 Millionen Menschen mit honduranischer Abstammung. Nach Angaben des US Bureau of the Census für das Jahr 2015 waren dort etwa 837 694 Honduraner_innen ansässig, von denen 26 316 ein Jahr vorher noch außerhalb der USA gelebt hatten. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von 3,2 Prozent aller in den Vereinigten Staaten lebenden Honduraner_innen. Gebürtig aus Honduras sind 64,3 Prozent, der übrige Prozentsatz entfällt auf Nachkommen von Honduraner_innen, die in den USA geboren wurden.



Rücküberweisungen 2000–2015 / Angaben in Millionen Dollar und Prozent vom BIP



Quelle: Eigene Auswertung auf der Grundlage von Daten der Zentralbank von Honduras.

Der Beobachtungsstelle für Konsular- und Migrationsfragen von Honduras (CONMIGHO) zufolge wurden von 2014 bis August 2016 aus Mexiko und den Vereinigten Staaten 202 bzw. 159 Personen ausgewiesen; allein im Jahr 2015 bis August 2016 wurden 455 Personen überführt, die auf dieser Migrationsroute zu Tode gekommen sind.¹

Rücküberweisungen und honduranische Wirtschaft

Tatsächlich hat die Migration zumindest zwei Effekte, die die Aufrechterhaltung und Fortführung des beschriebenen Systems von Ausbeutung und Ausschluss begünstigen: Zum einen fungiert sie als Ventil, indem sie verhindert, dass soziale, politische oder wirtschaftliche Probleme im Land zu Unruhen führen, da die Betroffenen das Land verlassen und die regierende Elite auf diese Weise sozialen Druck vermeidet; zum anderen tragen die aus dem Land Vertriebenen durch Rücküberweisungen signifikant zum Weiterbestehen des Systems bei.

Die Statistiken zeigen, dass ab dem Jahr 2001 der Fluss der Rücküberweisungen über der Wertschöpfung der Textilindustrien – bis dahin der wichtigste Devisenbringer – lag. Bereits ab 1998 bzw. 1999 überstieg er die Werte der beiden traditionellen Hauptexportprodukte von Honduras: Bananen und Kaffee. Seit dem Jahr 2000 haben die Rücküberweisungen erheblich zugenommen und sind nunmehr eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Einnahmequellen geworden, die einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmacht, wie das folgende Diagramm zeigt.

Die Rücküberweisungen sind gestiegen, weil die Zahl der Emigrant_innen gewachsen ist. Daten der Zentralbank von Honduras (BCH) belegen, dass die Höhe der Geldtransfers die der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) im Land um ein Vielfaches übersteigt – trotz diverser Gesetze zur Förderung von Investitionen. Im Rahmen des verstärkten neoliberalen Wirtschaftens haben inzwischen die Förderung des Wachstums nach außen und die Konzentration der Wirtschaftspolitik auf Auslandsinvestitionen bei den letzten Regierungen höchste Priorität erlangt. Dennoch kommt es nicht zu den erhofften Investitionsströmen und es sind auch nicht derartige Investitionen, die Wertschöpfung für die Wirtschaft erzeugen. Im Gegenteil, es sind Investitionen, die Extraktivismus – also die Ausbeutung von Rohstoffen aus der Erde für den Export – und Raubbau verschärfen, und zwar nicht nur bei natürlichen Ressourcen, sondern auch bei öffentlichen Gütern. Die folgende Übersicht verdeutlicht den rasanten Anstieg der Rücküberweisungen im Vergleich zur schleppenden Zunahme der ADI.

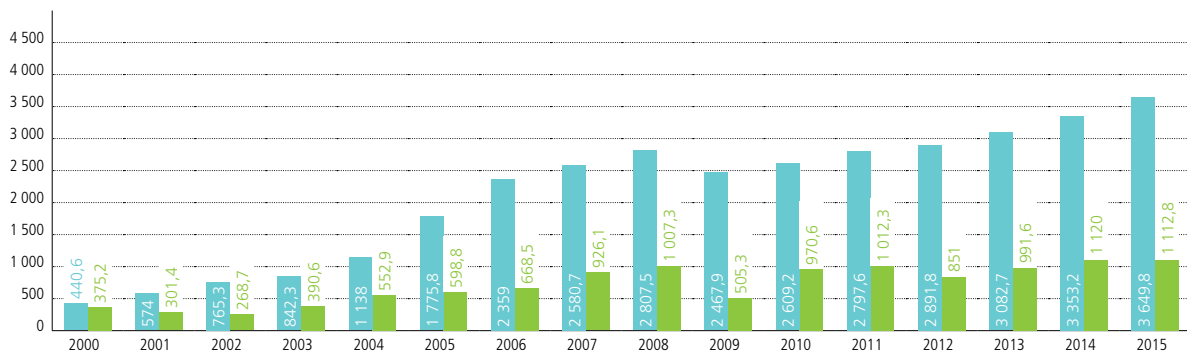
Laut Weltbank ist Honduras das Land in Mittelamerika mit der höchsten Abhängigkeit von Rücküberweisungen, gefolgt von El Salvador. In absoluten Zahlen erhält Guatemala die meisten Rücküberweisungen Mittelamerikas, während Costa Rica die wenigsten erhält und am wenigsten von ihnen abhängig ist, wie die folgende Grafik zeigt.

Die Studie der Zentralbank macht deutlich, dass die Mehrheit der Überweisungsempfänger_innen (95,5 Prozent) diese Mittel für den täglichen Bedarf verwendet: für Lebensmittel, Medikamente, ärztliche Versorgung, Bildung, Transport, den Erwerb anderer kurzlebiger sowie sonstiger nicht näher bestimmter Güter und Dienste. Nur 4,4 Prozent wenden die Mittel zur Anschaffung oder Verbesserung von Anlagevermögen auf, das ihnen oder Familienangehörigen gehört, und 0,1 Prozent setzen sie für Verbesserungen in ihren Herkunftsgemeinden ein. Diverse

1. Details siehe Observatorio Consular y Migratorio de Honduras (CONMIGHO); <http://conmigho.wixsite.com/subscym-conmigho>



Familiäre Geldtransfers vs. ausländische Investitionen 2000–2015 in Millionen Dollar



Quelle: Eigene Auswertung auf der Grundlage von Daten der Zentralbank von Honduras.

Studien bestätigen, dass den Rücküberweisungen zwar eine Schlüsselrolle bei der Minderung extremer Armut zukommt, sie jedoch nicht in demselben Maße dazu beitragen, Bedingungen zur langfristigen Verbesserung der Lebensqualität zu schaffen – denn im Grunde treten sie an die Stelle des abwesenden Staates bei der Deckung der Grundbedürfnisse und sichern den täglichen Bedarf. Nur ganz marginal sind sie auf Investitionen in Vermögenswerte und nachhaltige Güter ausgerichtet.

Die Statistiken zeigen, dass die Rücküberweisungen das bankrotte Wirtschaftsmodell und auch das aktuelle politische System am Laufen halten, weshalb Regierungen weder früher noch heute daran interessiert waren oder sind, die Migration zu beenden. Um dies zu erreichen, wären tiefgreifende strukturelle Veränderungen notwendig, die die Privilegien der politischen Eliten infrage stellen würden – Privilegien, die auf der Entrechtung und Ausbeutung der übrigen Bevölkerung basieren, wie in dem jüngsten Oxfam-Bericht über Ungleichheit und Armut in Lateinamerika anschaulich darlegt ist.

Die jetzige Regierung nutzt lediglich die gesellschaftliche Empörung über die Tragödie Tausender von Migrant_innen, die auf der Flucht ihr Leben riskieren, aus, um sich – in Kombination mit den Prioritäten der US-amerikanischen Sicherheitsagenda – frisches Geld aus Programmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu verschaffen, etwa aus der »Allianz für den Wohlstand im nördlichen Dreieck«. Diese allerdings ist weit entfernt davon, eine Lösung für die systematische Vertreibung der honduranischen Bevölkerung zu sein, sondern macht sie nur noch komplexer, fördert und verstärkt sie doch die Formen der Akkumulation, die das Problem erst entstehen lassen haben.

Angesichts der dramatischen Situation von »illegal« Geflüchteten, die Statistiken über Gewalt, Entführungen,

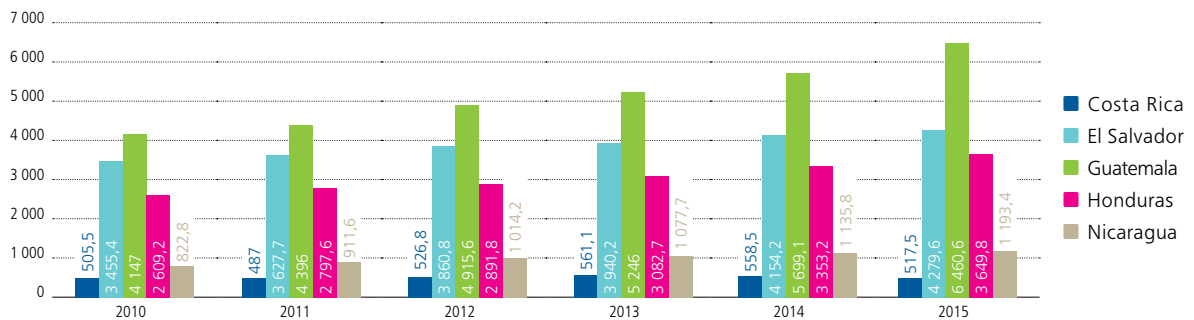
Verschwindenlassen, brutale Unfälle teils mit Todesfolge vor Augen führen (bis Juni 2016 verzeichnete die Beobachtungsstelle für Konsular- und Migrationsfragen von Honduras 106 Todesfälle, im Jahr 2015 waren es 278), müssen die Ursachen und Umstände der Migration in den Fokus gestellt werden. Das Problem der illegalen Migration, die nicht nur das Leben Tausender gefährdet, sondern auch dem Land mehr als 13 Prozent seiner erwerbstätigen Bevölkerung entzieht, während gleichzeitig die plötzlichen Einnahmen Effekte haben, die der sogenannten »Holländischen Krankheit« gleichkommen, muss dringend angegangen werden.²

Die honduranische Migration ist in dem hier beschriebenen Ausmaß und mit ihren Bedingungen ein neues Phänomen im Vergleich zu den Nachbarländern (Nicaragua, Guatemala und El Salvador); deren Migration war in den 1970er und 1980er Jahren bewaffneten Konflikten geschuldet, weshalb es sich im Wesentlichen um eine politische Migration handelte. Die Migration Honduras' hingegen nahm in den 1990er Jahren zu, zeitgleich mit Inkrafttreten der im Washingtoner Konsens vorgesehenen wirtschaftlichen Maßnahmen, und verschärfte sich infolge von Naturkatastrophen, die die Anfälligkeit des Landes in ökologischer wie auch in institutioneller Hinsicht offenbarten.

2. Die holländische Krankheit bzw. das holländische Syndrom bezieht sich auf die Folgen, die durch einen signifikanten Anstieg der Einnahmen eines Landes hervorgerufen werden. Die Bezeichnung geht zurück auf die Entdeckung von Gasvorkommen in der Nordsee im Jahr 1960 und deren negative Auswirkungen auf andere Wirtschaftssektoren der Niederlande. Weltbank (2016): *Honduras. Desatando el potencial económico para mayores oportunidades*. Washington D.C.; <http://documents.worldbank.org/curated/en/936071467995897086/pdf/103239v1-PUB-SPANISH-Box394858B-PUBLIC-DOI-10-1596k8662.pdf>



Rücküberweisungen in Mittelamerika 2010–2015 in Millionen Dollar



Quelle: Eigene Auswertung auf der Grundlage von Daten der Zentralbank von Honduras.

Im Unterschied zur politischen Migration der Nachbarländer handelt es sich bei Honduras eher um Wirtschaftsmigration, hervorgerufen vor allem durch die Auswirkungen der neoliberalen »Rezeptur« zusammen mit der Schwäche des Staates bei der Sicherung eines Mindestmaßes an Rechten (auch nach mehr als vier Jahrzehnten formaler Demokratie), die die honduranische Bevölkerung – darunter zunehmend viele arbeitslose Jugendliche – immer stärker dazu gezwungen hat, Überlebensstrategien außerhalb des Landes zu suchen.³

Nach den Kosten zu urteilen, die derzeit zwischen 6 000 und 8 000 US-Dollar liegen, können Menschen, die sich auf den Fluchtweg machen, nicht aus den allerärmsten Verhältnissen stammen. Doch mithilfe der Migrant_innen-Netzwerke ist es in den letzten Jahren auch Menschen ohne diese Mittel möglich geworden zu emigrieren, wenn sie auf die Unterstützung von Familienangehörigen oder Freund_innen zurückgreifen können, die schon länger im Zielland leben.

Nach einer Studie der Zentralbank von Honduras aus dem Jahr 2007 sind 92,5 Prozent aller im Ausland lebenden Honduraner_innen zwischen 15 und 49 Jahre alt und repräsentieren zwischen 28 und 30 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung des Landes. Die Verteilung nach Geschlecht weist 62 Prozent Männer und 38 Prozent Frauen aus. Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Diverse Organisationen, die mit Migrant_innen arbeiten, bestätigen, dass die Migrationsströme von Männern und Frauen derzeit nahezu gleich groß sind, ein genereller Trend. Die Internationale Organisation für Migration spricht hier von einem Prozess der Feminisierung der Migration.

3. Flores Fonseca, Manuel Antonio (2012): *Tendencias Migratorias Internacionales de Honduras*. Instituto de Investigaciones Económicas y Sociales (UNAH-FCE-IIES).

Die Feminisierung der honduranischen Migration und die Krise der »Care Economy«

Die Feminisierung der Migration bedeutet zum einen eine höhere Zahl flüchtender Frauen – auch auf den gefährlichen Routen, die bisher fast ausschließlich Männer genutzt haben. Zum anderen emigrieren die Frauen nicht mehr nur aus Gründen der Familienzusammenführung, sondern weil sie für das Einkommen der Familie zuständig sind. Damit wird ihre Doppelrolle als Pflegerinnen und Versorgerinnen immer offenkundiger. Die Folgen der weiblichen Migration sind nicht nur für die Frauen selbst beträchtlich, sondern auch für die Familien und die Gesellschaft im Allgemeinen.

Migrantinnen werden vor allem im Pflegebereich als Teil der sogenannten globalen Pflegeketten bzw. -netze⁴ tätig, das heißt, sie übernehmen die Pflege bedürftiger Familienangehöriger der wohlhabenderen Länder, in denen eine Pflegekrise⁵ herrscht. Deren Ursachen liegen im Eintritt von immer mehr Frauen in die Arbeitswelt bei gleichzeitiger Privatisierung der Dienstleistungen im Pflegesektor. Dabei

4. Globale Pflegeketten bilden sich aufgrund des Zusammenstreffens zweier Krisen: der Krise der sozialen Reproduktion in den Herkunftsländern mit Armut, Arbeitslosigkeit und Gewalt sowie der Pflegekrise in den Zielländern - Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt, Alterung der Bevölkerung und Veränderungen in der Beschäftigungswelt wie Flexibilisierung der Arbeit. Arriagada, Irma (2012): *Feminización de la migración Latinoamericana, desafíos para las políticas*. XII Encuentro Internacional de Estadísticas de Género, Aguascalientes, México.

5. Unter Pflegekrise versteht man das Zutagetreten der gesellschaftlichen und politischen Unfähigkeit, das Wohlergehen breiter Teile der Bevölkerung zu sichern. Die Hauptfaktoren dieser Krise unterteilen sich in drei Kategorien: soziodemografische, wirtschaftlich-soziale und wirtschaftspolitische Veränderungen. Ezquerro, Sandra (2012): *Crisis de los cuidados y crisis sistémica: la reproducción como pilar de la economía llamada real*. Revista Investigaciones Feministas, vol. 2. Universidad de Barcelona.



steigt der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften, vor allem an Frauen, die in die Lohnarbeitswelt der Pflegewirtschaft eintreten, meist allerdings unter prekären Bedingungen.

Der Logik des kapitalistisch-patriarchalen Systems folgend, sind diese geflüchteten Frauen nicht mehr als billige Arbeitskräfte, die wie jede andere Ware der Dynamik des Marktes unterliegen. Es werden Anreize für ihre Aufnahme geschaffen, wenn Arbeitskräfte benötigt werden, doch genauso wird ihre Abwanderung gefördert, sobald ihre Arbeit nicht mehr gebraucht wird.

Der Anstieg der Migration und Vertreibung Minderjähriger aus den Ländern des nördlichen Dreiecks im Jahr 2014 ist nicht nur das Ergebnis des Sog- bzw. Anziehungseffekts eines US-amerikanischen Gesetzes, das in der Region verfälscht dargestellt und instrumentalisiert wird, um eine größere Zahl minderjähriger Migrant_innen zu erreichen.⁶ Er ist auch Ausdruck der Krise einer sozialen Reproduktion in diesen Ländern, die Tausende flüchtender Frauen dazu gezwungen hat, ihre Kinder in der Obhut anderer Frauen der Familie zurückzulassen, und die, wenn die Möglichkeit einer Familienzusammenführung besteht oder bestehen könnte, entscheiden, dass ihre Söhne oder Töchter dieselbe Migrationsroute nehmen sollen, die sie selbst bereits gegangen sind. Einmal mehr wurden hier die Bedürfnisse der Frauen ignoriert, in diesem Fall die der flüchtenden Mütter.

Die jüngste BCH-Studie zu Rücküberweisungen (durchgeführt auf den Flughäfen) hat ergeben, dass das Durchschnittsalter zum Fluchtzeitpunkt 27 Jahre beträgt. Dieselbe Studie zeigt, dass 80,5 Prozent der befragten Migrant_innen in den USA ansässig sind, gefolgt von 5,6 Prozent in Spanien⁷, 4,0 Prozent in der Region Mittelamerika, vor allem in Costa Rica (1,8 Prozent) und Panama (1,1 Prozent). Die intraregionale Migration ist begrenzt, auch weil sich auf dem mittelamerikanischen Arbeitsmarkt die Verzerrungen wiederholen, die dem Prozess der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse eigen sind. Eine Studie der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die

6. Amtlichen Registern der USA zufolge wurden vom 1.8.2013 bis zum 31.7.2014 16 957 salvadorianische, 20 038 guatemaltekeische und 23 186 honduranische Minderjährige festgenommen.

7. Der spanische Zensus meldete für 1998 eine Zahl von 1 671 in Honduras geborenen Personen, die sich bis zum Jahr 2011 auf 32 418 Personen erhöht hatte. Bemerkenswert an diesem Migrationsfluss ist der große Anteil von Frauen (23 026), der darauf zurückzuführen sein könnte, dass sich das größte Beschäftigungsangebot für Migrant_innen in Spanien auf die Personenpflege konzentriert, eine Arbeit, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt wird.

Karibik (CEPAL) aus dem Jahr 2014 ergänzt dazu, dass in Mittelamerika die Migrationsbewegungen aus Erwerbsgründen eher von der Möglichkeit, eine Beschäftigung zu finden, denn von der Höhe des Lohns bestimmt sind, besonders in der Landwirtschaft, einem Sektor, der saisonalen Schwankungen unterliegt und fast 85 Prozent der gesamten Arbeitsmigration ausmacht – was den primär exportierenden Charakter der mittelamerikanischen Wirtschaften unterstreicht.

38,9 Prozent der befragten Migrant_innen planen eine dauerhafte Rückkehr nach Honduras in einem Zeitraum von durchschnittlich zehn Jahren. 61,1 Prozent gaben dagegen an, nicht die Absicht zu haben oder nicht zu wissen, ob sie zurückkehren, um sich endgültig im Herkunftsland niederzulassen. Diese letzte Zahl ist besonders relevant, denn sie zeigt das andauernde Misstrauen gegenüber der Regierung und die Enttäuschung ob des eingeschlagenen Weges ebenso wie die Entwurzelung bzw. das Fehlen affektiver Bindungen zum Herkunftsland und die Bildung multinationaler Familien. Die Veränderungen in dieser Hinsicht beunruhigen die honduranische Regierung wegen eines möglichen Rückgangs der Rücküberweisungen, die als Devisenbringer wie auch als dritte Einkommensquelle der Familien von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.

Von der dringenden Notwendigkeit einer Migrationspolitik in Honduras

Honduras hat keine umfassende Migrationspolitik, die die Wahrung der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Dennoch sind einige Maßnahmen zu erwähnen, die derzeit im Migrationsbereich umgesetzt werden. Infolge des Drucks und des Beharrens von Organisationen der Zivilgesellschaft, die zum Thema »Migration« tätig sind, wurde 2013 das Ley de protección de los hondureños migrantes y sus familiares (Gesetz zum Schutz honduranischer Migrant_innen und ihrer Familien) geschaffen. Darin wird anerkannt, dass der honduranische Staat verpflichtet ist, Migrant_innen nach Maßgabe der Verfassung der Republik, der Staatsverträge und internationaler Übereinkommen zu schützen.

Zur Umsetzung dieses Gesetzes wurden 2014 das Nationale Migrationsamt (INM) und weitere Unterbehörden wie die Beratungsstelle für zurückgekehrte Migrant_innen (OFAMIR), der Nationalrat für den Schutz honduranischer Migrant_innen (CONAPROHM) und der Solidaritätsfonds für honduranische Migrant_innen (FOSMIH) eingerichtet. Letzterer ist mit fünf Millionen Dollar ausgestattet – kaum ein Viertel dessen, was der Fiskus von den Geldtransferunternehmen an Steuern einnimmt, und zur Deckung des



Bedarfs völlig unzureichend. Gleichwohl ist es ein Schritt nach vorn, was den institutionellen und gesetzgeberischen Rahmen anbelangt, und muss breiter bekannt werden, damit die Bürger_innen dessen Umsetzung einfordern.

Im Hinblick auf die Arbeitsmigration schreibt dieses Gesetz in Artikel 14 die Verantwortlichkeit des Ministeriums für Arbeit und Sozialversicherung für die Förderung von Maßnahmen zur Aufklärung und Einstellung honduranischer Arbeitnehmer_innen im Ausland im Rahmen von Staatsverträgen und Übereinkommen der IAO über die Arbeit von Migrant_innen fest. Durch die diversen Prozesse der Verschlankung des Staates und dessen Rückzug aus seinen Verantwortlichkeiten werden diese Funktionen allerdings nur gelegentlich und in begrenztem Maße erfüllt.

Zwar existieren der Direktion für Beschäftigung zufolge zwei Abkommen mit Unternehmerverbänden in Kanada über Arbeitsmigration, doch besteht derzeit keine Nachfrage nach honduranischen Arbeitskräften. Grundlage der Aktivierung dieser Abkommen ist nicht der Bedarf des kanadischen Staates, sondern der der Unternehmen. Der honduranische Staat spielt somit keine proaktive Rolle bei der Förderung der Migration honduranischer Arbeitskräfte unter besseren Bedingungen.

Schließlich gehört Honduras dem »Plan der Allianz für den Wohlstand im nördlichen Dreieck« an, einer Strategie, die nach der Krise unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge von 2014 entstanden ist.⁸ Diese soll offiziell die Ursachen der Migration von Zentralamerikaner_innen in die USA durch vier strategische Linien beheben: 1) Ankerbelung des Produktivsektors, 2) Entwicklung von Chancen für das Humankapital, 3) Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und 4) Stärkung der Institutionen zur Schaffung von Möglichkeiten, damit Menschen nicht mehr zur Flucht gezwungen sind.

Faktoren wie Gerechtigkeit oder Umverteilung von Reichtum finden sich nicht in dem Plan; vorherrschend ist vielmehr das zentrale Postulat des Neoliberalismus: An oberster Stelle steht die Schaffung von Wirtschaftswachstum verbunden mit der Hoffnung auf einen »Trickle down«-Effekt. Erwiesenermaßen trägt dieser Weg aber nur zur Verfestigung des Wirtschaftsmodells bei, das die Vertreibung eines Großteils der Bevölkerung der drei Länder des nördlichen Dreiecks hervorgebracht hat.

8. Olson, Eric L. (2016): Grenzen ziehen und Wohlstandsperspektiven schaffen! US-amerikanische Strategien in der Flüchtlingskrise unbegleiteter Minderjähriger aus Zentralamerika; <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=12817&ty=pdf>

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Staaten und internationalen Finanzinstitutionen konzentrieren ihr Interesse auf die mit den Rücküberweisungen verbundenen Gesamteinnahmen und deren wachsende Bedeutung innerhalb der Marktwirtschaft. Die menschliche Dimension der Migration, die Achtung der physischen und psychischen Unversehrtheit der Flüchtenden, wird von den Staaten übergangen und immer mehr den Akteuren der Zivilgesellschaft überlassen, allen voran Organisationen von Migrant_innen und deren Familien. In Honduras kommt den Komitees der Familienangehörigen von Migrant_innen eine wichtige Rolle zu. Sie erfüllen Funktionen, die in der Verantwortung des Staates liegen, wie etwa die Suche nach verschollenen oder der Schutz und die Unterstützung zurückgekehrter Migrant_innen.

Diese Organisationen sind aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive heraus zu stärken, damit sie dem Staat gegenüber treten und die Anwendung des neuen Gesetzes zum Schutz von Migrant_innen und anderer neu geschaffener Mechanismen durchsetzen können. Aus diesem Blickwinkel und mit dieser Absicht sind alle internationalen Migrationsabkommen, die der honduranische Staat unterzeichnet und ratifiziert hat, einer Analyse zu unterziehen, um ihre Erfüllung anzumahnen. Gleichzeitig müssen die Unterzeichnung und Ratifizierung noch ausstehender Abkommen zu diesem Thema eingefordert werden.

Die Statistiken weisen auf einen wachsenden Migrationstrend hin. Die von der jetzigen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Abwendung der illegalen Migration in die Vereinigten Staaten – besonders nach dem erklärten humanitären Notstand aufgrund hoher Zahlen geflüchteter Minderjähriger – sind rein palliativer Art. Sie versuchen, die Migration durch Kommunikationskampagnen oder punktuelle Programme in bevölkerungsreichen Bezirken der beiden wichtigsten Städte des Landes einzudämmen. Diese Aktionen sind oberflächlich und setzen nicht an der Wurzel des Problems an: Armut, Ungleichheit, soziale Ungerechtigkeit, Fehlen von Beschäftigung und Erwerbschancen sowie fehlender Schutz durch den Staat. Die Regierung räumt zwar ein, dass die Arbeitslosigkeit eine der Hauptursachen der Migration ist und reagiert darauf mit einem Programm, welches das Beschäftigungsangebot unterstützt. Doch sieht dieses vor, dass 50 Prozent des Gehalts der im Rahmen dieses Programms eingestellten Menschen vom Staat gezahlt werden. Dies stellt eine weitere Form der Umverteilung öffentlicher Mittel in den Unternehmenssektor dar.



Diese Strategie setzt auf eine Stützung der Nachfrage: indem sie den Familien bei der Schaffung selbstständiger Beschäftigungen und volks- oder solidarwirtschaftlicher Alternativen helfen, die es ermöglichen zu überleben und nachhaltige Vermögenswerte zu generieren. Die Gewerkschaftsverbände müssten eine kritische und aktive Haltung gegenüber Programmen wie diesen zeigen, mit deren Ergebnissen zwei Jahre nach ihrer Einführung selbst die Regierung nicht zufrieden ist.

Häufig werden tendenziöse Debatten über die Rücküberweisungen von Migrant_innen geführt. Der Trend geht dahin, von Migrant_innen ein vorbildliches Verhalten zu erwarten – das von der übrigen Bevölkerung jedoch nicht eingefordert wird. Regierung, Organisationen der Zivilgesellschaft und sogar Finanzinstitutionen versuchen die Verwendung der Rücküberweisungen im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen. Bei keiner anderen Einkommensgruppe ist etwas Derartiges zu beobachten. Wenig diskutiert werden dagegen die negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, etwa die Verzerrung realer Preise oder der der »Holländischen Krankheit« vergleichbare Effekt, der durch die Geldtransfers ausgelöst werden kann, da diese nicht der gestärkten Produktionsstruktur des Landes entspringen. Diese Rücküberweisungen sind vielmehr Ergebnis einer ungeplanten Situation, nämlich des plötzlichen Verschwindens großer Teile der erwerbstätigen Bevölkerung, der noch andere negative Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes haben kann. Somit sollte über die Gestaltung umfassender gesellschaftlicher Strategien nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus kultureller, politischer und sozialer Sicht nachgedacht werden, um über den instrumentalisierten Blick auf die Rücküberweisungen hinaus die Faktoren anzugehen, die die Migration antreiben.

Der Prozess der Feminisierung der Migration hat erhebliche Auswirkungen – nicht nur auf die Frauen, sondern auch auf die Familien, die Gesellschaft und das Land. Trotzdem bleibt er noch immer unbeachtet. Es ist aber dringend erforderlich, diese differenzierte Wirkung zu verstehen, um Strategien zu entwerfen, die den spezifischen Verhältnissen, Interessen und Bedürfnissen der geflüchteten Frauen Rechnung tragen.

Der Plan der Allianz für den Wohlstand im nördlichen Dreieck ist nach der Migrationskrise von 2014 entstanden und soll offiziell die Ursachen der Migration von Mittelamerikaner_innen in die USA in Angriff nehmen. Faktoren wie Gerechtigkeit oder Umverteilung von Reichtum sind darin jedoch nicht berücksichtigt, im Gegenteil, es herrscht das zentrale Postulat des Neoliberalismus. Aus all diesen Gründen ist es äußerst wichtig, die Implementierung des Plans zu überwachen, der formal entworfen wurde als Mechanismus zur Generierung von Humankapital, zur Verbesserung der Lebensqualität von traditionell als gefährdet einzuordnende Bevölkerungsgruppen und zur Bekämpfung der Migrationsursachen in der Region. Es geht nicht darum, diesen Plan zu idealisieren – der übrigens in seiner Entwurfs- und Verhandlungsphase unter Verschluss stand –, sondern vielmehr um die maximale Ausnutzung der Möglichkeiten, die er bietet, wenn die im Dokument genannten Ziele erfüllt werden. Die – wenn auch späte – Partizipation von Bevölkerungsteilen aus dem Migrationsbereich könnte andere und relevantere Elemente in den Plan einbringen und zur tatsächlichen Eindämmung der »illegalen« Migration in die USA beitragen.



Über die Autorin

Ana Ortega ist honduranische Dozentin und Forscherin sowie Beraterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Honduras zu den Themen »Gender«, »Jugend«, »Migration« und »feministische Ökonomie«. Sie hat einen Abschluss als Wirtschaftswissenschaftlerin an der Nationalen Universität von Honduras, einen Master in sozialen und politischen Lateinamerikastudien der Jesuiten-Universität Alberto Hurtado in Santiago de Chile, einen Magister in Migration, Konflikten und sozialem Zusammenhalt in der globalen Gesellschaft sowie einen Dokortitel in internationalen und interkulturellen Studien an der Jesuiten-Universität Deusto, Bilbao/Spanien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik
Tel.: +49-30-269-35-7484 | Fax: +49-30-269-35-9253
www.fes.de/lateinamerika

Bestellungen/Kontakt:

info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© Bildquellen Titelseite:

ES James, Gila Photography, Jess Kraft, MIA Studio (shutterstock.com)

Gage Skidmore, Daniel Lobo (flickr.com)

Charles Talen (Wikimedia Commons)

Gestaltung/Satz: Dominik Ziller/DZGN

Über die Publikationsreihe »Migration in (Latein-)Amerika«

Kaum eine andere Region ist historisch und zugleich aktuell so sehr von Migration geprägt wie Amerika. Während im 18. und 19. Jahrhundert die Länder beider amerikanischen Kontinente vor allem für Einwanderer_innen aus Europa hohe Attraktivität besaßen, ist in der Gegenwart die Migrationsbewegung aus Lateinamerika und der Karibik nach Nordamerika dominierend. Die vorliegende Publikationsreihe der FES beleuchtet unterschiedliche Aspekte von Migration in (Latein-)Amerika, zeigt Parallelen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte in Deutschland und Europa auf und zielt darauf ab, Anregungen für die Gestaltung von menschenwürdiger Migration zu geben.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-639-4